

Die Größe

Began des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Erste Ausgabe: Montag, 1. November.
Verlag: alle Buchhandlungen.
Verlagsort: Berlin, W. 7, Unter den Eichen 10.



Alle Bestellungen für die „Größe“ an H. G. G. Verlag, Ull. a. D., Berlin, W. 7, Unter den Eichen 10.
Klebe für den Versand des Gewerksvereins bestimmten Bestellungen sind zu adressieren:
Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 15, Greifswalderstraße 222.
Sämtliche Bestellungen an H. G. G. Verlag, Berlin N. O. 15, Greifswalderstraße 222.
Bestellungspreis 20 Pf. beim Postamt Berlin N. W. 7, Telefon Berlin-Mitte 4720.



Wagelagen, die jährlich geschäftliche
Zelle 1 W. 7, für den Arbeitsmarkt
Bei Wiederholungen Rabatt.

Zur Frage der Goldwerte.

Von A. Erkelenz, M. d. R.

Die Ausgleichung des Loches im Reichsetat und die Aufbringung der Reparationslasten ist auf drei Wegen vielleicht zu ermöglichen oder besser vermachbar.

1. Weitere Ausgaben von ungedecktem Papiergeld.
2. Ausbau der bisherigen direkten und indirekten Steuern.
3. Erfassung der Sachwerte.

Der erste Weg ist für alle Teile der schlechtesten, und man kann mit Sicherheit sagen, daß er auf keinen Fall zum Ziele führt. Je mehr Papiergeld in den Verkehr gepumpt wird, um so stärker sinkt der Wert dieser Gelder oder, von der anderen Seite gesehen, um so mehr steigt der Preis aller Waren. Die notwendige Folge sind fortgesetzte Lohn- und Gehaltsbewegungen. Aber, und darüber muß man sich klar sein und das lehren die bisherigen Erfahrungen: Alle diese Lohnbewegungen können nicht die Verschlechterung der Lebenshaltung verhindern. Die Preise steigen immer noch schneller wie die Löhne. Man kann sagen, daß die Nachteile dieses ganzen Jahres hauptsächlich von zwei Bevölkerungsgruppen getragen werden, von den Rentnern und von den Arbeitnehmern aller Grade. Wer auf feste Zinsenbezüge angewiesen ist, geht bei der fortgesetzten Ausgabe von Papiergeld mehr und mehr völliger Verarmung entgegen. Der Arbeitnehmer kann sich etwas mehr schützen. Aber auch nur etwas. Daß auch er immer tiefer sinkt, ist bei diesem Verfahren unvermeidlich. Notenausgabe ist deshalb die am härtesten drückende indirekte Steuer.

Auf dem zweiten Wege, dem Ausbau der direkten und indirekten Steuern, könnte man eher zum Ziele kommen. Aber auch das ist sehr schwer, da es sich eben um ganz ungeheuer hohe Steuern handelt. Sie haben, mit ganz wenigen Ausnahmen, alle die gemeinliche Eigenschaft der Abwälzbarkeit, d. h. sie werden nicht getragen von denen, die sie in die Steuerkasse zahlen, sondern auch von denen, die sie scheinbar nicht zahlen. Sie legen sich auf den gesamten Ertrag aller Arbeit und werden von diesen vorweg abgezogen. Steuern aber, die abwälzbar sind, haben, falls sie eine gewisse Höhe überschreiten, eine ähnliche Folge wie der Notendruck, sie vermindern den Geldwert, steigern also die Preise, erhöhen deshalb auch wieder die Staatsausgaben, die Löhne, Gehälter usw. Immerhin, scharf und mit Ehrlichkeit durchgeführt, könnten sie das Loch im Staatsfiskus annähernd schließen, wenn nicht die direkten Steuern, die sich nach Vermögen und Einkommen bemessen, besonders leicht hinterzogen werden könnten. Diese Steuerhinterziehungen sind das schwerste Kapitel in aller Finanzpolitik.

Weite Kreise des Volkes sind geneigt, dem Staat die Fähigkeit zuzutrauen, alles zu können, was er will. Wir hören immer noch Staatshilfe schreien, weil man den Staat für allmächtig hält, er soll alles können. Wer einen Einblick gewinnen will, wo die Grenzen der Allmacht der Staates liegen, muß die

Steuererhebung studieren. Er wird bald einsehen, wie eng begrenzt die Macht des Staates ist. Und zwar besonders bei der Besteuerung von Vermögen, Einkommen, Erbschaften usw. Geld ist im höchsten Grade flüchtig. Es rinnt durch alle Poren, durch alle Undichtigkeiten. Es ist anpassungsfähig, weil er die raffiniertesten Köpfe zur Verfügung hat und über tausende Mittel verfügt, sich zu verstecken, zu verbergen, zeitweise zu verschwinden und plötzlich ganz wo anders aufzutauhen als man erwartet.

Dieses flüchtige Element soll nun der schwerfällige Staat einfangen. Jemandem Steuerbeamter, der um neun Uhr morgens schon nach der Uhr steht, ob nicht bald drei Uhr ist und der Feierabend beginnt, soll den tausendfältigen Bewegungen des Geldes, des Kapitals, des Vermögens nachgehen, um zu prüfen, inwieweit Herr Meyer steuerpflichtig ist. Wenn Herr Meyer nicht ganz ehrlich und bieder ist und freiwillig angibt, wieviel er zu zahlen hat, kann er zehntausende Möglichkeiten finden, um Einkommen oder Vermögen zu verstecken. Wer will mich kontrollieren, wenn ich als Schlosser außerhalb meiner Arbeitszeit für Privatkunden Reparaturen mache und dabei einen Nebenverdienst erwerbe? Der Steuerbeamte wird mir das selten nachweisen können. Unendlich viel größere Möglichkeiten zu diesem Verstecken gibt es sonst noch. Ich kann an der Börse mit Wertpapieren handeln, ohne mich eines Bankiers zu bedienen, kann Aktien kaufen und verkaufen, die in keinem Buch eingetragen werden. Dabei kann man unter den heutigen Verhältnissen täglich Tausende verdienen, wobei die ganze Buchführung in ein paar Bleistiftstrichen auf der Manschette besteht. Wenn ein größeres Werk seine Bilanzen aufstellt, wer will da genau nachprüfen, ob die Vorräte richtig bewertet sind? Wenn ein Fabrikant ein Automobil hat für geschäftliche Zwecke, welcher Steuerbeamte will ihm nachweisen, ob und welche Privatreisen er in dem Wagen gemacht hat, wieviel Kilogramm Benzin er blind verkauft hat, um den Erlös für seine Privatkasse zu verwenden. Wenn ein Fabrikant in seinen Büchern Tausende verbucht für Schmieröl, wer will feststellen, ob das alles wirkliches Schmieröl war oder Butter für seinen Privathaushalt ist? So gibt es unendlich viele Möglichkeiten, Einkommen und Vermögen zu verstecken, Ausgaben künstlich zu vergrößern usw.

Wenn man die Flüchtigkeit des Geldverkehrs gegenüberstellt der Schwerfälligkeit der Staatsbureaucratie, dann kommt einem die Sache vor, als wenn einer mit einem Sieb den Rhein ausschöpfen will. Es läuft immer zehnmal mehr durch das Sieb wieder heraus, als ausgeschöpft wird. Je höher die Steuer wird, je mehr quetscht sie sich durch die Löcher des Siebes hindurch.

Es bleibt die Frage, ob auf dem dritten Wege, dem der Besteuerung der Sachwerte, ein besseres Ergebnis zu erzielen ist. Der ursprüngliche Plan des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Schmidt bewegte sich auf folgender Linie: Der Wert des landwirtschaftlichen Besitzes betrug vor dem Brüche 100 Milliarden Mark. Dem Verkaufswert der Erzeugnisse entsprechend ist die

ser Wert jetzt auf 550 bis 600 Milliarden gestiegen. Er will davon ein Fünftel wegsteuern, also 110 Milliarden Papiergeld. Jedoch soll diese Summe nicht als Steuer erhoben werden, sondern als eine Hypothek auf das landwirtschaftliche Besitztum gelegt werden. Von dieser Hypothek wären 4 v. H. Zinsen zu bezahlen, so daß daraus dem Reiche jährlich 4,4 Milliarden Papiermark zufließen. Bei einem völligen Abbau der Zwangswirtschaft für Getreide soll diese Einnahme auf 5,8 Milliarden Papiermark steigen.

Beim Hausbesitz denkt sich Schmidt die Sache so. Aus den bisherigen Mieterhöhungen seit 1914 sei dem Hausbesitz ein wesentlicher Gewinn nicht erwachsen. Es sei also vorerst nichts wegzusteuern. Die Mietzwangswirtschaft sei aber unhaltbar. Man solle sie planmäßig aufheben und zunächst eine Mieterhöhung von weiteren 100 v. H., d. h. auf das Dreifache der Friedensmiete vornehmen. Das ergibt für den Hausbesitz eine jährliche Mehreinnahme von 4 Milliarden Mark, von denen drei Viertel, also 75 v. H. an das Reich abzugeben seien. Das Reich erhalte daraus eine Einnahme von 3 Milliarden Mark, was kapitalisiert einem Wert von 67 Milliarden Papiermark gleichkomme. Für jede weiteren 100 v. H. Erhöhung der Friedensmiete stiege die Reicheinnahme um weitere 3 Milliarden. Die Sicherung soll ebenfalls durch Hypothek erfolgen.

Bei allen gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen Deutschlands schätzt Schmidt den Ertrag mit jährlich 27 Milliarden Papiermark ein. Davon will er ein Fünftel für das Reich haben, also 5,4 Milliarden Papiermark, und zwar durch nichtstimmberichtigte Genusscheine. Diese Jahreseinnahme entspräche kapitalisiert einer Summe von 108 Milliarden Papiermark.

Alle diese Sätze sollen sich erhöhen, wenn sich die Geldbewertung weiter fortsetzt. Sie sollen sich vermindern, wenn eines Tages der Wert des deutschen Geldes wieder steigen sollte. Rechnen wir zusammen. Nach den Angaben von Schmidt erhält das Reich bei einer Besteuerung dieser Sachwerte jährlich Milliarden Papiermark:

von der Landwirtschaft	4,4 kapitalisiert 110
vom Hausbesitz	3 kapitalisiert 67
v. Industrie u. Handel	5,4 kapitalisiert 108

Jahreseinnahme 12,8 Kapitalwert 285
Alles Papiermark. Das sind die Erträge der viel zitierten Goldwerte. Die kapitalisierten Werte kann man vorerst zurückstellen. Sie kämen nur als Grundlage für eine Anleihe in Frage. Der gesamte Kapitalwert mit 285 Milliarden Papiermark ergäbe eine Anleihe in Goldmark von höchstens 14 Milliarden, das sind die Reparationsverpflichtungen für etwa zwei bis drei Jahre. Die jährlichen Einnahmen aus der Besteuerung belaufen sich nach Schmidt auf 12,8 oder sagen wir 13 Milliarden Papiermark. Das ist ein sehr bescheidener Ertrag. Da wir etwa 150 Milliarden Papiermark jährlich neuer Steuern gebrauchen, deckt also die Besteuerung der Gold- oder Sachwerte noch nicht ein Zehntel dieses Bedarfs. Eine einzige große, indirekte Steuer, wie z. B. die Kohlensteuer, bringt fast soviel

wie die ganze Steuer auf Sachwerte. Und da die Kohlensteuer nächstens wesentlich erhöht wird, dürfte sie da Doppelte oder Dreifache von dem bringen, was die Sachwerte nach dem Vorschlage Schmidts bringen sollen. Auch die Umsatzsteuer wird nach ihrem demnächstigen Ausbau viel mehr bringen wie die Sachwerte und müßte es bei ehrlicher Einschätzung schon jetzt tun. Die Reichseinkommensteuer sollte selbst jetzt nach ihrem mangelhaften Aufbau doppelt soviel bringen wie die Sachwertsteuer. Man sieht, die ganze, so viel erörterte Frage der Sachwertbesteuerung schrumpft bei etwas näherem Betrachten zusammen auf ein bescheidenes Bruchstück der ganzen Finanzprobleme der nächsten Monate. Damit ist nicht gesagt, daß wir dieses Bruchstück entbehren könnten. Unsere Not ist so groß, daß wir vielleicht alle Quellen erschöpfen müssen. Aber man muß alle Dinge im rechten Verhältnis sehen.

Wie steht es mit der Abwälzbarkeit der Sachwertsteuer? Die verbreitetste Auffassung ist folgende. Die Preise der Waren werden bestimmt von der Marktlage. Da die Marktlage durchgängig günstig ist, d. h. da der ausländische Wettbewerb teuer arbeitet und die deutsche Industrie wenig Konkurrenz zu fürchten hat, so wird sie die höchstmöglichen Preise nehmen, das sind die Weltmarktpreise. Diese nimmt sie schon jetzt. Ueber die Weltmarktpreise kann sie aber nicht hinausgehen. Wenn wir infolgedessen jetzt eine neue Steuer auferlegen, die ihr etwa ein Fünftel der Gewinne wegnimmt, so kann sie die Preise nicht weiter erhöhen, sie kann also die Steuer nicht abwälzen. Mit dieser Theorie läßt sich auf dem Papier die Unabwälzbarkeit aller Steuern beweisen. Die Praxis lehrt das Gegenteil. Einen Beweis zu unserer kritischen Auffassung zu dieser Wirtschaftstheorie liefert die Textilindustrie. Sie erhebt für ihre Ware viel zu hohe Preise und macht deshalb unerschämte Riesengewinne. Aber sie erhebt in Deutschland noch nicht die Weltmarktpreise, obwohl nichts sie daran hindert als vielleicht die Sorge, es könne in Deutschland sich niemand einen Anzug zum Weltmarktpreise kaufen. Die Textilindustrie wird sich aber nicht bedenken, ihre Preise zu erhöhen, d. h. sich den Weltmarktpreisen weiter anzunähern, wenn man ihr eine neue Steuer auferlegt, sei es eine Sachwertsteuer, oder eine Einkommensteuer, oder ein Einfuhrzoll auf Wolle oder Baumwolle, oder eine Umsatzsteuer. Es ist hier nicht der Ort, die Fehler dieser Schultheorie aufzudecken. Die Lehre ist nicht falsch, aber sie ist einseitig, sie unterschätzt die seelischen Faktoren in der Wirtschaft. Die Lehre ist noch ein Stück aus der vulgären, altliberalen Wirtschaftsauffassung, die alle wirtschaftlichen Vorgänge als ein einfaches, automatisches Aufeinanderwirken von wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen auffaßt und dabei die Seele der beteiligten Menschen übersieht. Schon die allzu große Flüssigkeit unserer Valuta verhindert es, daß sich die Dinge so schematisch abspielen, wie die erwähnte Theorie es voraussetzt. Auch die Sachwertsteuer wird, wie alle anderen Steuern, abgewälzt, indem sie zu Preiserhöhungen führen wird. Diese setzten sich allerdings in Geldwertung um, und ganz kluge Leute können dann fragen, ob der erhöhte Preis in entwertetem Gelde nicht schließlich ebensoviel Kaufkraft habe, wie der bisherige niedrigere Preis in wertvollerem Geld. Und aus der Antwort werden sie oberflächlich schlussfolgern: dann läge doch also keine Abwälzung vor. Jedoch braucht uns dieser Einwand hier nicht weiter zu beschäftigen.

Ganz klar und deutlich ist die Abwälzbarkeit der Sachwertsteuern bei dem Hausbesitz. Die Väter der Sachwertsteuer, Herr Hirsch und Herr Robert Schmidt, behaupten keinen Augenblick, daß der Hausbesitz die Steuer aus seiner Tasche zahlen könnte und sollte. Im Gegenteil, sie setzen die Abwälzung voraus, indem sie eine Mieterhöhung um 100 v. H. vorsehen, eigens um erst eine Werterhöhung zu schaffen, die sie wegsteuern wollen. Hier trägt also ganz deutlich der Mieter die Sachwertsteuer. Und wenn sich darüber reden läßt, so lediglich aus dem Grunde, weil Hirsch-

Schmidt der Auffassung sind, daß die Mietzwangswirtschaft doch nicht halbar sei und man sie deshalb freiwillig, zeitig und planmäßig abbauen müßte, statt zu warten, bis sie in sich selbst zusammenbricht. Hier liegt tatsächlich die einzige sachliche Rechtfertigung der Sachwertsteuer, soweit sie den Hausbesitz betrifft. Uebrigens würde man vom Hausbesitz noch 25 v. H. mehr Sachwertsteuer erzielen können, wenn man den hundertprozentigen Mietausschlag nicht entsprechend dem Vorschlage Hirsch-Schmidt den Hausbesitzern zunächst zustießen und durch Hypothekbelastung dann dem Staat zukommen läßt, sondern wenn der Staat selbst eine hundertprozentige Steuer auf die Miete erhebt. Nur heißt sie dann nicht Sachwertsteuer, sondern treffender Mietsteuer. Und würde entsprechend weniger populär sein, aber doch eine Milliarde mehr einbringen.

Vorerst kann man nur folgendes feststellen:

1. Die ganze Last der Geldwertung liegt bisher auf dem Geldvermögen und auf der Arbeit. Die Besitzer vom Sachvermögen haben mit einigen Ausnahmen — ihr Vermögen erhalten, es vielfach sogar sehr wesentlich vermehren können.

2. Da eine weitere Geldwertung durch die Reparationsverpflichtungen unvermeidlich ist, wäre es ungerecht, die Last wieder nur auf die Geld- und Rentenvermögen und die Arbeit abzuladen. Geld- und Rentenvermögen würden wahrscheinlich dadurch völlig entwertet.

3. Es ist bisher noch keine zuverlässige Form gefunden, wie man die Sachvermögen tatsächlich zu wirklichen Leistungen heranziehen kann.

4. Die Sachwertsteuern, auch in der schärfsten bisher vorgeschlagenen Form, decken mit ihrem Ertrage höchstens ein Zehntel der gesamten neu erforderlichen Steuerbelastungen. Das bedeutet einerseits, daß die sonstigen Steuern und die Geldwertung durch die Sachwertsteuern keine erheblichen Erleichterungen erfahren werden. Andererseits, daß die zur Schau getragenen Sorgen um die Aufzehrung der Vermögenssubstanz und die angebliche Unerträglichkeit der Belastung hinfällig sind.

5. Wenn die Steuern auf Sachwerte ebenso abgewälzt werden, wie alle anderen Steuern, vielleicht mit einiger Ausnahme der Erbschaftsteuer, dann unterscheidet sich die Sachwertsteuer nicht von den anderen Steuern. Dann werden sie nicht von den Besitzern der Sachvermögen getragen, sondern abgewälzt auf den Gesamtbetrag der Arbeit. Dann ändern aber auch die Sachwertsteuern nichts an dem Fortschritt, dem Umfang und dem Tempo der Geldwertung.

6. Dessenungeachtet kann die Notlage des Reiches dazu zwingen, auch diese Steuerquelle auszuschöpfen. Man sollte dann aber nicht den Versuch machen, diese Steuer etwa als ein besonderes Opfer oder als eine besondere „soziale“, „gerechte“ usw. Steuer auszugeben.

Zur Frage der Einheitsorganisation der Deutschen Gewerksvereine

äußert sich nochmals der Verbandskollege Th. Brüll-Verlin vom Hauptvorstand des Gewerksvereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter in seinem Verbandsorgan. Er gibt dabei zu, daß er bis heute noch nicht begriffen hat, warum es sich handelt. Er meint, wenn man meinen Artikel gelesen hat, dann „kann man nur sagen, Kollege Barnholt weiß selbst nicht einmal, was er eigentlich will.“ Zu dieser Auffassung kommt er, weil er den Unterschied zwischen meinen Vorschlägen und zwischen ein Aufgehen der kleineren Gewerksvereine in einen großen Gewerksverein, wo die einzelnen Berufe bunt durcheinander gewürfelt sind, noch nicht kennt. Das haben so viele andere Kollegen leicht verstanden, daß es verwunderlich ist, wenn Kollege Brüll dies nicht kann. Vielleicht findet sich mündlich noch mal für mich die Möglichkeit, ihm dies begreiflich zu machen. In Zeitungspolemiken das zu versuchen, wird jetzt vergebliche Mühe sein. Die Bedenken, die er in der Beitrags- und Unterstützungsfrage hat, könnten auch leicht

behoben werden. Was ich will, ist eine Ersparnis in den Verwaltungskosten, dagegen klarere Scheidung der Berufsgruppen auch in der Einheitsorganisation der Gewerksvereine, die sich bezüglich der „Einheit“ ja nur auf den Verwaltungs- und Kassenapparat beziehen soll. Wie man in den Vorschlägen einen Selbstwird der Gewerksvereine und eine Utopie sehen kann, ist allen denen sicher unverständlich, die wissen, warum es sich handelt.

Daß es Kollegen gibt, auch in den Hauptvorständen, die anders denken als der Kollege Brüll, zeigt ein Artikel, den der Hauptvorstehende Kollege Sturm vom Gewerksverein der Lederarbeiter in seinem Organ Nr. 22 veröffentlicht und dabei schreibt:

Was der Kollege Barnholt schreibt, ist auf deutsch, der Anfang zur Gründung eines Industrieverbandes der Gewerksvereine mit den nötigen Berufssektionen. Ich weiß nicht, ob es die schlechtesten Freunde und Verfechter der Gewerksvereinsache sind, die sich recht ernstlich mit der Verwirklichung dieser Sache befassen. Jedenfalls sollten sich die Mitglieder aller Gewerksvereine und auch die Hauptvorstände recht bald und ernstlich mit diesem Gedanken beschäftigen, wenigstens aber noch vor dem Verbandstag. Denn Institutionen, die so modern eingerichtet sind, daß die einzelnen Glieder nicht mehr die Kosten für sie aufbringen können, oder die Kosten mit den Leistungen derselben nicht mehr in Einklang zu bringen sind, müssen eben umgebaut werden. Dabei kann es sich nicht um Personen, sondern um die Sache, und zwar um die Frage handeln, wie wir mit den wenigsten Kosten am besten die Interessen unserer Mitglieder vertreten. Denn befähigte Personen würden wir auch nach dem Umbau in diesem Verband der Gewerksvereine sicher keine zu viel haben. Wir würden aber durch andere Ersparnisse in der Lage sein, unsere Sekretariate und Ortsverbände ganz anders auszurüsten.

Kollege Barnholt weist mit Recht darauf hin, was für große Summen erspart werden können durch ein einheitliches Organ für diesen Verband. Alle, die immer befürchten, daß dann historische Namen verloren gingen, könnte geholfen werden, denn dieses große Organ könnte ja ruhig den Namen „Gewerksverein“ erhalten. Was Barnholt sehr treffend über die Kosten und Ausstattung der jetzigen einzelnen Organe gesagt hat, brauche ich nicht zu wiederholen. Die Sorge, ob die Mitglieder dieses gemeinsame große Organ gern lesen würden, ist unbegründet. Sie werden es lieber lesen als wenn in ihr eigenes Organchen geschrieben steht, daß wegen der Druckkosten desselben und wegen der so viel gepriesenen eigenen Selbständigkeit die Beiträge erhöht werden müssen. Damit sie bei dem Lesen nicht ermüden, ist es nötig, daß jede kleine Berufssektion ganze Seiten beansprucht. Für uns würde es genügen, wenn alle Berufe, die mit der Bekleidungsindustrie zu tun haben, sich auf eine Seite wöchentlich zusammenfinden würden. Jetzt ist der Zustand bezüglich der gleichlautenden Artikel so, wie ihn Barnholt geschildert hat. Und vom Verbandsbüro müssen jede Woche mehrere 100 Einzelsendungen an die Bezirksleiter und Geschäftsführer gehen, damit diese die vielfach vorkommenden gleichlautenden Artikel in den Einzelorganen lesen.

Also was Barnholt mit der Einheitsorganisation will, ist Umbau des Verbandes der Gewerksvereine in einen großen gemeinsamen Verband mit den nötigen Fach- oder Berufssektionen. Dieser soll ausgestattet sein mit den gleichen Beiträgen und Leistungen. Damit würde der Streit um die Berufstrennung, diese häßliche Krankheit, die bis tief in die Ortsvereine hinein wurzelt, verschwinden. Die Zusammensetzung des jetzigen Verbandes und seine Leitung kann nicht in der Lage sein, diese Krankheit zu heilen. Also rufen wir auch hier mit Bergmann aus: Selbst ist der Mann!

Daß dieser Verband an Stelle der jetzt erscheinenden 13 Einzelorganen ein gemeinsames großes Organ haben muß, worin auch meinetwegen die Großen oder Kleinen recht reichlich zu Wort kommen, ist selbstverständlich. Durch Verwirklichung dieser beiden Ge-

Ab 15. Dezember 1921 werden alle Akkorde nur umgerechnet in der Weise, daß die durchschnittliche Stundenzahl für jedes Stück ermittelt und diese mit den an diesem Tage in Kraft tretenden Tariflöhnen plus 15 Prozent Akkordzuschlag multipliziert wird.

Die Kündigungsfrist für die Lohnsätze beträgt wie bisher 4 Wochen. Kündigung ist frühestens zum 15. Jan. 1922 zulässig.

Stuttgart, den 3. Nov. 1921.
(Folgen die Unterschriften).

Ab 15. Dezember 1921 betragen die Vertragslöhne:

a) Durchschnittslöhne:

	Ortsklasse	II	III	IV	V	VI
Facharbeiter						
über 22 Jahre	8,--	8,65	8,80	7,75	7,35	7,35
von 20-22	8,10	7,85	7,50	6,95	6,60	6,60
„ 18-20	7,70	7,15	6,80	6,25	5,90	5,90
„ 16-18	6,60	6,25	5,90	5,35	5,--	5,--
Hilfsarbeiter						
über 22 Jahre	8,10	7,80	7,50	6,95	6,60	6,60
von 20-22	7,30	7,--	6,75	6,20	5,90	5,90
„ 18-20	6,65	6,35	6,05	5,55	5,25	5,25
„ 16-18	7,5	5,15	5,15	4,65	4,0	4,0
Facharbeiterinnen						
über 22 Jahre	6,60	6,35	6,10	5,65	5,40	5,40
von 20-22	5,75	5,50	5,25	4,90	4,65	4,65
„ 18-20	5,05	4,80	4,55	4,20	3,95	3,95
„ 16-18	4,20	3,95	3,70	3,35	3,10	3,10
Hilfsarbeiterinnen						
über 22 Jahre	5,55	5,35	5,15	4,75	4,55	4,55
von 20-22	4,75	4,35	4,35	4,05	3,85	3,85
„ 18-20	4,10	3,90	3,70	3,40	3,20	3,20
„ 16-18	3,35	3,15	2,95	2,65	2,45	2,45

Die Normallöhne der Sägewerksarbeiter in Württemberg und Baden

betragen in der Zeit vom 14. November bis 1. Dezember 1921:

In Ortsklasse Mannheim I II III IV

- a) Für selbständ. Blockbandfäher, Horizontalgatterfäher, Vollgatterfäher, Bauholzfreisäher, Sägenseiler, gelernte Arbeiter an den großen Hobelmaschinen und an den Fräsmaschinen, Säger an Kreissägen, an Spaltgattern, an Bandsägen, an Abrichtmaschinen, Holzenteiler, gelernte Feizer, Maschinisten, Kranführer, Schlosser und Schmiede

von über 25 Jahren	8,15	7,45	6,85	6,30	5,90
„ 20-25 Jahren	8,25	7,15	6,55	6,00	5,50
- b) Für Plattschwerarbeiter, Bolterer, Stockschub- und Spannarbeiter

von über 25 Jahren	8,40	7,85	6,75	6,20	5,80
„ 20-25 Jahren	8,20	7,05	6,45	5,90	5,40
- c) Für Hilfsarbeiter auf dem Werk und auf dem Platz

von über 25 Jahren	8,35	7,20	6,60	6,05	5,65
„ 20-25 Jahren	8,15	6,90	6,30	5,75	5,25
- d) Männliche Arbeiter

von 18-20 Jahren	5,80	5,35	4,70	4,30	3,90
------------------	------	------	------	------	------
- e) Arbeiter und Arbeiterinnen

von 16-18 Jahren	4,25	4,10	3,70	3,30	2,90
------------------	------	------	------	------	------
- f) Arbeiterinnen

von über 18 Jahren	5,20	5,00	4,45	4,15	3,75
--------------------	------	------	------	------	------

Dazu kommt die Haushaltungszulage von 20 S die Stunde.

Vom 2. Dezember erhöhen sich alle vorstehenden Löhne um weitere 40 S die Stunde und am 16. Dezember 1921 nochmals um weitere 40 S die Stunde.

Wer bisher über diese Normallöhne verdiente, muß auch denselben Betrag weiter darüber hinaus erhalten.

Männliche Arbeiter von 18-20 Jahren erhalten, sofern sie als selbständige Arbeiter

in Klasse a arbeiten, einen Aufschlag von 20 Pfennig die Stunde.

Für das Holzgewerbe in Thüringen

sind am 22. Oktober auch neue Lohnzulagen erreicht. Sie betragen am 1. November 1,00 Mark, am 1. Dezember 50 S und am 15. Dez. weitere 50 S. Die Spitzendurchschnittslöhne betragen:

in Ortsklasse	II	III	IV	V	VI
	8,55	8,20	7,80	7,30	7,20 M

Das Abkommen gilt bis zum 15. Jan. 1922.



Die Außenhandelsstelle für Musikinstrumente zur Verschiffung und Fakturierung in Auslandswährung.

Die Ausschüsse für die Klavier- und Harmoniumindustrie haben beschlossen, für die hochvalutarischen Länder Europas Auslandswährung einzuführen. Bezüglich anderer Exportländer soll Auslandswährung weitmöglichst eingeführt werden. Die Ausschüsse haben ferner einer Devisenablieferung in Höhe von 60 Prozent an die Reichsbank zugestimmt. Mit den ausländischen Händlerverbänden in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen und der Schweiz ist ein Abkommen getroffen, das allen Interessenten direkt zugesandt ist.



Berlin VII. (Modell- und Fabriktschler). Der Ortsverein besucht am 20. November die Kunstsammlung der Familie R. Mosse. Der Besuch ist kostenlos, und wird daher erwartet, daß sich die Kollegen rege daran beteiligen. Kollegen von anderen Ortsvereinen sind als Gäste herzlich willkommen. Treffpunkt: vormittags 10,45, Kaufhaus Wertheim, Leipziger Platz. Deshalb bitte ich die Kollegen bis zum 1. Dezember dem Kollegen Gerner mitzuteilen, ob und mit wieviel Kinder sich die Kollegen an der Weihnachtsfeier beteiligen.

Christburg. Man sagt gewöhnlich, was kann von Christburg Gutes kommen. Nun die Statistik belehrte uns, daß doch von Christburg etwas gutes kommen kann. Wenn man es auch vom Standpunkt der Arbeitnehmer nicht gut nennen kann, denn laut einer Aufstellung hat Christburg die niedrigsten Löhne. Wenn nun der Außenstehende glaubt, die Holzarbeiter werden sich aufraffen und dafür eintreten, daß auch hier eine menschenwürdige Entlohnung Platz greifen würde, der täuscht sich gewaltig. Wiederholt sind die Holzarbeiter ersucht worden, sich doch zu organisieren; denn nur dadurch ist es möglich, die unwürdigen Zustände abzuschaffen. Der Bezirksleiter des Gewerksvereins der Holzarbeiter hat sich alle Mühe gegeben, um die Holzarbeiter zusammenzufassen. Der Anfang wurde auch gemacht, aber als es an die Arbeit gehen sollte, versagten die Kollegen. Alle Bemühungen eines Christburger Kollegen waren vergeblich. Immer war die Antwort: „Es hat keinen Zweck.“ Die Kollegen und deren Frauen schimpfen

über die miserablen Löhne, aber dafür Sorge zu tragen, daß der Lohn gehoben wird, gibt es nicht. Der fürstliche Lohn von 4 M pro Stunde, welcher hier gnädigst gezahlt wird, suchen die Kollegen durch große Ueberarbeit zu erhöhen. Die Kollegen vergessen, daß wir Christburger eine gefährliche Konkurrenz für unsere Nachbarstädte sind, insbesondere Elbing, denn die Preise für alle Bedarfsartikel sind hier nicht billiger und die Kollegen hungern sich mit dem Höchstlohn von 4 M durch. Wenn man so sieht, geht es den Kollegen noch nicht schlecht genug, denn wenn die Frau eines Kollegen die Einladung zur Versammlung an den unaussprechlichen Körperteil hinhält, so kann man den moralischen Tiefstand nicht genug beklagen. Wenn man die Tarife aller Orte sieht, so geht es deutlich hervor, daß nur die Organisation für die notwendige Aufbesserung der Löhne sorgt. Ohne Zwang gibt kein Arbeitgeber etwas. Der Tarif für die Sägewerksindustrie in Südostprienken steht für die Klasse 3 bei den Plagarbeitern 3,95 M pro Stunde Lohn vor. Der gelernte Tischler in Christburg erhält 4 M die Stunde. Ersteres wird auf dem Lande gezahlt, Christburg ist eine Stadt, welche an Teuerung Elbing nichts nachsteht. Nun an wem liegt es? Doch nur an den Kollegen selbst, weil sie gleichgültig allen Ereignissen gegenüberstehen und sich um nichts kümmern, und so von den Unternehmern ausgebeutet werden. Die Faust in der Tasche geballt, nützt nichts, es muß öffentlich Müßgrat und Mannesmut gezeigt werden. Noch ist es Zeit. Jeder Kollege, ob alt oder jung muß mitarbeiten an dem Werke der Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Geschieht dieses, dann wird der Vorteil auch für Frau und Kinder nicht ausbleiben. Kollegen, wollt ihr nicht haben, daß unsere Kollegen in den Nachbarstädten uns fluchen, wenn bei den Lohnverhandlungen auf die niedrigen Löhne in Christburg hingewiesen wird, so schließt euch sofort dem Gewerksverein der Holzarbeiter an. Der Ortsverein Christburg erwartet euch. Den Beitrag, um den es sich hier wohl handelt, kann und muß jeder bezahlen, denn er bringt vielfache Zinsen zum großen Vorteil für alle Beteiligten und deren Familien. Sorgt dafür, daß Christburg die traurige Berühmtheit verliert, die niedrigsten Löhne zu haben. Dazu wird uns unter anderem der Gewerksverein der Holzarbeiter verhelfen, wenn wir treu zu ihm stehen. A.

Köln. Für die Karosseriewerke und Automobilindustrie ist mit dem Arbeitgeberverband eine neue Lohnvereinbarung zustande gekommen. Auf die bestehenden Löhne erhalten ab 13. Oktober die Kollegen über 20 Jahre 1,60 M die Stunde, von 19-20 Jahren 1,10 Mark, von 18-19 Jahren 90 S und unter 18 Jahren 75 S. Die Hilfsarbeiter über 20 Jahre erhalten auch 1,60 M, die von 14-20 Jahren eine Zulage von 30-60 S. Um den gleichen Betrag erhöhen sich die Tariflöhne. Die Klavierstimmer haben eine Lohnerhöhung von 70 M hier erhalten. Der Tariflohn beträgt 420 M die Woche.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 46. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Sportschlitten-Rufen

Eiche, gebogen, prima Ware
100 120 140 160 cm Holzlang:
15.- 17.- 19,50 21,50 Mk. per Paar
Liefert sofort gegen Nachnahme

M. Walther, Dresden, Rehefelderstraße 53.

Kollegen, werbet Mitglieder für unsern Gewerksverein

Bezirkskonferenz des Rheinisch-Westf.-Bezirks.

Sonntag den 20. Nov., morgens 10 Uhr findet in Elberfeld, Lokal Roggenkämpfer, Erholungs- und Luisenstraße-Ecke, der diesjährige Bezirkstag statt.

Die Vereine werden ersucht ihre Vertreter zu wählen und dem Unterzeichneten mitzuteilen, wer an der Tagung teilnimmt.

Ferner wird ersucht anzugeben, und zwar bis zum 15. Nov., wer am gemeinsamen Mittagessen teilnimmt.

Die Bezirksleitung: P. Daun, Bezirksleiter.

Stuhlflechtrohr

Natur, Halbglanz, beste erzielbare Qualität, liefert zum billigsten Tagespreis

M. Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 53.

2 Tischlergesellen

auf eichene Buffets für dauernde Arbeit gesucht. Wegen Wohnungsmangel ledige bevorzugt. Stundenlohn 10 M.

Barisch, Hamburg, Osterstraße 67.